

Ulrich Ammon

Über die Dilemmata jeglicher EU-Sprachenpolitik

Abstract

The paper illustrates the overall tendency of cultural and linguistic convergence within the EU which contrasts starkly with the official political vision of continued cultural and linguistic diversity and evaluation of this diversity as the EU's specific wealth. It presents comprehensive evidence of the ever growing preference of English as a contact language and lingua franca within the EU and gives reasons for this development. Among these reasons are measures of EU language policy which explicitly aim at strengthening linguistic diversity but have the side-effect of giving English an extra boost, like acknowledging ever more official EU languages, upgrading minority languages, and supporting studies of lesser used languages. The prevalence of English entails numerous, often hidden advantages for the Anglophone countries and their citizens, one of which is the greater freedom of studying non-European foreign languages. The ever growing prominence of English as an EU lingua franca and the accompanying advantages of the Anglophones are anathema of the official EU language policy. The paper argues that the deeper reason for the discrepancy between language reality and the overt EU language policy is the policy makers' overrating of identity functions of language and their underrating of instrumental communicative and cognitive functions.

1. Zur Tendenz kultureller und sprachlicher Vereinheitlichung der EU

Als ich mein Thema vorschlug, hatte ich viel kritischen Elan bezüglich der EU-Sprachenpolitik. Bei der Ausarbeitung bin ich dann aber immer kleinlauter geworden. Zu meiner Schande muss ich gestehen, dass sich die ursprünglich vorgesehene Kritik an der EU-Sprachenpolitik am Ende weitgehend verflüchtigt hat. Bei näherer Betrachtung erweist sich diese Politik gerade in ihrer scheinbaren Inkonsistenz für die komplizierten sprachlichen Verhältnisse der EU als erstaunlich angemessen. Hoffentlich rege ich dennoch die Leser zu substantiellerer Kritik an.

Ich befasse mich hier nicht mit dem Sprachenregime in den EU-Institutionen, worüber ich schon manches gesagt und geschrieben habe (z.B. Ammon 2006a, 2007b), sondern mit den sprachlichen Verhältnissen in den Mitgliedstaaten und in der Bevölkerung der EU und mit der darauf gerichteten Sprachenpolitik der EU. Um ein elementares Missverständnis auszuschließen, möchte ich vorausschicken, dass ich die EU und ein vereintes Europa als großartige, geradezu unschätzbare Leistung bewerte. Ich denke dabei an die grauenvolle, mörderische Geschichte des geteilten Europas. In deren Anbetracht wäre in meinen Augen die wirtschaftliche und politische Einheit der EU oder Europas sogar dann erstrebenswert, wenn die sprachliche und kulturelle Vielfalt Europas darunter leiden würde. Ohnehin kann ein solcher Verlust an Vielfalt auch positiver als "Vereinheitlichung" gesehen werden (z.B. im Rahmen von Habermas' "postnationaler Konstellation", Habermas 1998).

Eine gewisse kulturelle Einebnung ist in vielen Bereichen beobachtbar, vor allem in der Alltagskultur. Man braucht nur in den Supermärkten verschiedener EU-Mitgliedstaaten die Waren in Augenschein zu nehmen: Sie gleichen sich weitgehend – denn sie werden zwischen den Mitgliedstaaten rege ausgetauscht – und kommen gleichermaßen

auch aus außereuropäischen Staaten. In der EU ist die Globalisierung gewissermaßen intensiviert. Auch die Warenbeschriftung gleicht sich in vielen EU-Staaten durch die Verwendung derselben EU-Amtssprachen. Oder man höre sich z.B. die “Eurovision Song Contests” an, die sich zwar auf ein ausgedehnteres Europa erstrecken, aber die EU einschließen. Schon der jetzige Name ist bezeichnend, anstelle des früheren “Grand Prix d'Eurovision de la Chanson”. Die meisten Beiträge lassen sich musikalisch kaum noch national zuordnen, und die sprachliche Vereinheitlichung ist auch sehr auffällig. Die Vertreter der meisten Länder singen nicht in der eigenen Sprache, sondern in Englisch – was seit 1999 erlaubt ist. Übrigens schneidet Großbritannien deutlich schlechter ab, seitdem alle Teilnehmer auf Englisch singen dürfen.

Man kann Sprache als Teil von ‘Kultur im weiteren Sinn’ verstehen; ich unterscheide hier jedoch – um mich klarer ausdrücken zu können – ‘Sprache’ von ‘Kultur im engeren Sinn’. Ich diskutiere hier aber nicht weiter die Abgrenzung und das Verhältnis zwischen beiden Größen.

Dass die europäische Einigung und Integration mit der sprachlichen Vielfalt nicht immer verträglich ist und in die Richtung sprachlicher Vereinheitlichung wirken kann, liegt auf der Hand. Die Kontakte über die Sprachgrenzen hinweg werden immer intensiver, vor allem durch die folgenden rechtlichen und technischen Bedingungen:

- durch die Reisefreiheit,
- durch die Niederlassungsfreiheit,
- durch den freien Güter- und Kapitalverkehr,
- durch die modernen Verkehrsmittel,
- durch die modernen Medien.

Aufgrund all dieser Möglichkeiten kommen Personen unterschiedlicher Muttersprache immer häufiger in Kontakt.

Welche Sprachen werden bei den sprachübergreifenden Kontakten verwendet? Wenn ich im Folgenden von *Sprachkontakten* oder *Sprachkontaktsituationen* spreche, meine ich stets Kontakte zwischen Personen verschiedener Muttersprache. Die bei solchen Kontakten verwendeten Sprachen nenne ich *Kontaktsprachen*. Für eine vorherrschende Kontaktsprache verwende ich auch den Terminus *Lingua franca*.

Der überwiegende Teil der Sprachkontakte in der EU vollzieht sich in verhältnismäßig wenigen Sprachen. Zwar fehlt es an gründlichen Untersuchungen zu dieser Frage (vgl. z.B. die Beiträge in *Sociolinguistica* 15, 2001). Jedoch lässt sich aufgrund von Einzel- und selektiven Erhebungen ziemlich zuverlässig Folgendes feststellen:

Am weitaus häufigsten wird bei Sprachkontakten in der EU Englisch gebraucht, wie in vielen Teilen der Welt, in der EU vermutlich in über fünfzig Prozent aller Kontaktsituationen; in beträchtlichem Abstand folgen Französisch und Deutsch, seltener oder regional beschränkter Spanisch und Italienisch, und eine gewisse Rolle spielen auch Russisch, Niederländisch, Polnisch, Portugiesisch und Schwedisch. Darüber hinaus werden andere Sprachen gelegentlich verwendet.

Es ergibt sich also das folgende Bild. Zur Kommunikation bei Sprachkontakten dienen:

- in erster Linie eine einzige Sprache,
- in zweiter Linie zwei bis vier weitere Sprachen,
- in dritter Linie noch einmal fünf Sprachen und schließlich
- gelegentlich andere Sprachen.

Auffällig ist also die Konzentration der Kommunikation auf verhältnismäßig wenige, sagen wir bis zu zehn Sprachen, in denen sich über 99% der Kontakte abspielen.

Wie sehr diese verhältnismäßig kleine Zahl mit der Sprachenvielfalt in der EU kontrastiert, zeigt schon die Gegenüberstellung mit der mehr als doppelt so großen Zahl von 23 EU-Amtssprachen (ab 2008). Außer diesen gibt es in der EU aber noch nationale und regionale staatliche Amtssprachen, die nicht EU-Amtssprachen sind (z.B. Baskisch oder Katalanisch), und darüber hinaus vor allem zahlreiche Minderheitensprachen (z.B. Bretonisch oder Sorbisch). Bezieht man außer den autochthonen auch die allochthonen Minderheitensprachen ein, die Sprachen der Immigranten und Migranten, so steigt die Zahl der Sprachen in der EU in die Hunderte – je nach Anzahl der Sprecher, die man für die Einbeziehung von Sprachen in die Zählung ansetzt. Von all diesen Sprachen – über 70 autochthone und hunderte allochthone – dient nur ein kleiner Teil regelmäßig als Kontaktsprache. Und diese hauptsächlich Kontaktsprachen sind ausschließlich autochthon.

Dabei werden die sprachübergreifenden Kontakte in der EU immer zahlreicher und die Kontaktsprachen somit immer wichtiger, sowohl für die einzelnen Einwohner als auch für die Gemeinschaft als ganze. Die Kontaktsprachen ermöglichen die Entwicklung eines gemeinsamen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Raumes. Es ist auch bislang keine Übersetzungs- oder Dolmetschtechnik in Sicht, die den Einwohnern der EU das Erlernen und den Gebrauch der Kontaktsprachen ersparen könnte.

Die Intensivierung der sprachübergreifenden Kontakte bewirkt nicht, dass die Zahl der Kontaktsprachen wächst. Eher begünstigt sie ihre weitere Reduktion und die Bevorzugung einer einzigen Sprache: Englisch. Hinter diese eine Sprache treten schon heute alle anderen Kontaktsprachen weit zurück. Immer häufiger finden sich die Europäer in Situationen, in denen Englisch den einzigen gemeinsamen sprachlichen Nenner bildet, in denen keine andere Sprache von allen Kommunikationspartnern beherrscht wird. Oft sind ehemals vorhandene andere Sprachkenntnisse durch fehlende Übung unbrauchbar geworden. Ich erinnere mich persönlich an eine Reihe von Situationen, in denen zwar alle Teilnehmer einst Deutsch oder Französisch gelernt hatten, aber sich nun außerstande fühlten, es zu sprechen, und daher Englisch wählten. Aufgrund solcher Erfahrungen erscheint Englisch immer unverzichtbarer und wird seine Wahl bei Sprachkontakten geradezu die Norm. Hinzu kommt, dass die Bildungspolitik aller EU-Mitgliedstaaten Englisch weitaus den Vorrang vor allen anderen Sprachen einräumt und damit seine Stellung zusätzlich verstärkt.

Je nach Interessenlage kann man diesen Vorrang einer einzigen Sprache positiv oder negativ bewerten: als sprachliche Vereinheitlichung, die den Zusammenhalt der Gemeinschaft fördert, oder als Nivellierung und Bedrohung der sprachlichen Vielfalt.

Der Vorrang einer einzigen Kontaktsprache bedroht die Sprachenvielfalt der EU auch nicht unmittelbar. Er beeinträchtigt zunächst nur die Stellung der anderen Kontaktsprachen. Diese werden aus der Funktion als Kontaktsprachen oder aus der Rolle als internationale Sprachen verdrängt. Innerhalb der eigenen Sprachgemeinschaft können sie jedoch – als Mutter- und Zweitsprachen – weiter verwendet werden, so wie andere Sprachen, die nie Kontaktsprachen waren.

Allerdings ist auf längere Sicht nicht auszuschließen, dass eine dominante Kontaktsprache die dominierten Sprachen sogar innerhalb ihrer eigenen Sprachgemeinschaften zurückdrängt, dass also Französisch auch in Frankreich oder Deutsch auch in Deutschland teilweise durch Englisch ersetzt wird. Dies geschieht schon heute in manchen Gebrauchsdomänen, z.B. in der Forschung und teilweise der Hochschullehre und sogar im Schulunterricht (vgl. z. B. Ammon 2006b; Hüllen 2007). Außerdem werden von einer dominanten Kontaktsprache Teile ihrer Struktur auf die dominierten Sprachen transferiert: in der Pragmatik, Lexik, Grammatik, Aussprache und Schreibung. Auch diese Wirkung des Englischen auf die anderen Sprachen der EU ist schon heute an den ubiquitären Anglizismen erkennbar. Insofern wirkt eine dominante Kontaktsprache auf alle dominierten Sprachen nivellierend.

Natürlich ist es nicht die Sprache als solche, die dies bewirkt, sondern es sind die Sprecher. Daran beteiligt sind aber nicht nur die anglophonen Sprecher, die – wie man meinen könnte – den anderen ihre Sprache aufzwingen. Vielmehr wirken die Sprecher der anderen Sprachen sogar unmittelbarer mit: Sie sind es nämlich, die Englisch in die eigenen Domänen aufnehmen und die Anglizismen entlehnen. Allerdings sind die Verhältnisse so beschaffen, dass es allen Beteiligten schwer fällt, anders zu handeln.

Nach meiner Einschätzung fördern die Verhältnisse in der EU die sprachliche – und auch die kulturelle – Vereinheitlichung bzw. Nivellierung. Man sollte meinen, dass die EU-Bürgerinnen und -Bürger und ihre Politiker diese Entwicklung überwiegend positiv sehen; sie treiben sie doch eher voran als sich dagegen zu stemmen. Die Verbreitung der Kultur einzelner Mitgliedstaaten über die ganze EU hat tatsächlich den Vorteil, dass sie den Menschen vor Ort mehr Wahlmöglichkeiten unter den Kulturgütern bietet, und die Etablierung einer durchgehenden Kontaktsprache ermöglicht es allen Einwohnern der EU, direkt miteinander zu kommunizieren. Diese Vorteile und ihre positiven Folgen werden von vielen Sprach- und Kulturwissenschaftlern zu wenig gewürdigt. Aber auch bezüglich der EU-Bürgerinnen und -Bürger hat man bisweilen den zwiespältigen Eindruck, dass sie einerseits zwar die kulturellen Wahlmöglichkeiten vor Ort und die direkteren sprachlichen Kontakte nutzen und schätzen, aber andererseits die kulturelle und sprachliche Vereinheitlichung zugleich als Nivellierung verabscheuen.

Daher ist die Frage berechtigt, wie bei fortschreitender wirtschaftlicher und politischer Integration möglichst viel sprachliche – und auch kulturelle – Vielfalt bewahrt werden kann. Ihre Bewahrung ist vielleicht sogar eine Bedingung für die harmonische wirtschaftliche und politische Vereinigung. Andernfalls könnten politische Turbulenzen entstehen, die den Vereinigungsprozess stören. Vielleicht war die französische Ablehnung des Verfassungsentwurfs schon ein Signal dafür. Die Sorge um solche Störungen ist sicher ein Grund, neben anderen, warum die offizielle EU-Politik dem Erhalt der

sprachlichen Vielfalt einen so hohen Wert zuspricht. Ein anderer Grund ist zweifellos, dass viele EU-Politiker diese Vielfalt für sich genommen hochschätzen. Jedenfalls verkündet die offizielle Sprachenpolitik immer wieder aufs Neue, dass die kulturelle und sprachliche Vielfalt der EU auf Dauer erhalten werden soll.

Man möchte daher annehmen, dass die verantwortlichen Politiker diese Zielsetzung auch für realistisch halten. Welche und wie viele Politiker tatsächlich an die Möglichkeit des dauerhaften Erhalts der Sprachenvielfalt glauben, weiß ich nicht. Ich gestehe jedoch meinen Verdacht, dass es nicht alle sind. Die tatsächliche Politik, sowohl auf der EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene, scheint mir nicht immer mit einer solchen Einstellung kompatibel zu sein, und auch nicht das persönliche sprachliche Handeln mancher Politiker. Ich will nun einige der hiermit angerissenen Behauptungen näher begründen und vertiefen.

2. Offizielle Vision der sprachlichen Zukunft der EU und Hindernisse bei der Verwirklichung

Den zahlreichen Beschlüssen und Verlautbarungen zur Sprachenpolitik der EU lassen sich eindeutig die folgenden beiden übergeordneten Ziele entnehmen:

I. Die Vielfalt der Sprachen in der EU soll erhalten bleiben. Dies gilt besonders für die autochthonen Sprachen. Abgeschwächt gilt es auch für die allochthonen Sprachen oder wenigstens für die größeren von ihnen.

Dieses Ziel lässt sich unter anderem dem Aktionsplan der Kommission 2004-2006 zur "Förderung des Sprachenlernens und der Sprachenvielfalt" (S. 5, 13) oder auch der *Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen* entnehmen, die zwar vom Europarat und nicht von der EU initiiert wurde, der sich die EU aber angeschlossen hat. Das Ziel erscheint auf den ersten Blick ganz realistisch, z.B. im Rahmen der Vision, dass alle EU-Bürger Englisch als Kontaktsprache erlernen und für die nationale oder lokale Kommunikation ihre Muttersprachen verwenden, die somit erhalten bleiben. Diese Vision passt auch zu den in der EU vorherrschenden Bildungsplänen für die Schulen mit der einseitigen Bevorzugung von Englisch als Fremdsprache.

Allerdings ist diese Vision nicht für alle Mitgliedstaaten akzeptabel. Sie ist sogar geradezu provozierend, weil sie einem Schlag gegen alle anderen Kontaktsprachen außer Englisch gleichkommt. Andere Sprachen als Englisch verlören damit vermutlich auch weitgehend ihre Attraktivität als Fremdsprachen, was für eine Reihe von Mitgliedstaaten unerträglich wäre. Auf das Betreiben verschiedener Staaten hin – dem Vernehmen nach unter der Führung Frankreichs – wurde daher das Ziel des Erhalts der Sprachenvielfalt ergänzt um das folgende weitere Ziel:

II. Alle EU-Bürgerinnen und -Bürger sollen außer der Muttersprache mindestens *zwei* weitere Sprachen erlernen und anwenden können (z.B. im Aktionsplan der Kommission 2004-2006 zur "Förderung des Sprachenlernens und der Sprachenvielfalt", S. 4; *Conclusions of the Barcelona European Council in March 2002* – cf. "Europeans and their Languages." *Special Eurobarometer 64.3*, 2006: 9, Footnote 22). Angestrebt wird also die allgemeine Dreisprachigkeit der EU-Bürger: Muttersprache + zwei weitere Sprachen.

Diese zwei weiteren Sprachen werden oft einfach als “Fremdsprachen” bezeichnet. Damit wird jedoch eine wichtige Differenzierung verschleiert, bei der zugleich eine Schwierigkeit dieses zweiten sprachpolitischen Ziels zutage tritt. Sprachliche Minderheiten oder Migranten müssen sowieso die sie umgebende staatliche Amtssprache lernen, z.B. Sorben oder Türken in Deutschland die deutsche Sprache. Für sie ist die staatliche Amtssprache also schon die zweite Sprache, nach der Muttersprache. Spezieller spricht man hier unmissverständlicher von *Zweitsprachen*, die in der umgebenden Gesellschaft gängig sind, wie vor allem die jeweilige staatliche Amtssprache, im Unterschied zu “echten Fremdsprachen”, die keine Zweitsprachen sind.

Die Zweitsprachen sind auch sicher ein wesentlicher Grund, warum die Mehrsprachigkeit in der EU schon jetzt beachtlich ist. Fast gleicht die EU darin schon Indien, das auch schon ausdrücklich als sprachpolitisches Modell für die EU vorgeschlagen wurde (Laitin 1997). Aufgrund von Migration beherrschen manche EU-Einwohner sogar mehr als nur *eine* Zweitsprache. Eine weitere Komponente der Mehrsprachigkeit in der EU sind natürlich die echten Fremdsprachen. Immerhin geben in den neuesten Erhebungen 28% der erwachsenen Bevölkerung der EU an, sich außer in ihrer Muttersprache in mindestens zwei weiteren Sprachen verständigen zu können (*Special Eurobarometer* 64.3, 2006: 3). Inwieweit hierzu schon die Sprachenpolitik der EU mit ihren Fördermaßnahmen für das Sprachenlernen beigetragen hat, ist schwer zu sagen.

Mit den Zweitsprachen verbindet sich nun folgende Schwierigkeit der sprachpolitischen Zielsetzung der EU: Es handelt sich bei diesen Zweitsprachen typischerweise um die staatlichen Amtssprachen, die sprachliche Minderheiten, autochthone wie allochthone einschließlich der Migranten, zusätzlich zu ihrer Muttersprache lernen müssen. Die erste echte Fremdsprache ist für diese Gruppen dann schon die dritte Sprache. Mit dieser Kombination Muttersprache + Zweitsprache (Amtssprache) + Fremdsprache haben sie die für EU-Bürger geforderte Dreisprachigkeit erreicht. Eine zweite echte Fremdsprache wäre für sie schon die vierte Sprache. Zwar hat das menschliche Gehirn reichlich die für vier und mehr Sprachen notwendige Kapazität, aber der Zeitaufwand oder die Kosten dafür sind oft beträchtlich. Daher ist zu vermuten, dass sich solche Gruppen gerne mit einer einzigen echten Fremdsprache, ihrer dritten Sprache, begnügen. Wenn man sich aber auf eine einzige Fremdsprache beschränkt, so ist klar, welche es ist: Englisch natürlich. Sorben oder Türken in Deutschland, die an ihrer Muttersprache festhalten, lernen daher kaum noch Französisch, Bretonen oder Araber in Frankreich kaum noch Deutsch usw. All diese Gruppen begnügen sich weitgehend mit Englisch als Fremdsprache.

In einer ähnlichen Lage wie die Minderheiten oder Migranten finden sich die Bewohner von Staaten oder Gebieten mit zwei staatlichen Amtssprachen, wenn beide Amtssprachen Schulpflichtsprachen sind. Beispiele sind die Finnen in Finnland oder die Katalanen in Spanien, die außer Finnisch auch Schwedisch bzw. außer Katalanisch auch Spanisch lernen müssen. Auch für sie ist die erste echte Fremdsprache schon die dritte Sprache. Daher besteht auch für sie der Druck, sich auf Englisch als einzige echte Fremdsprache zu beschränken.

Zu diesen Annahmen, die mir plausibel erscheinen, fehlen allerdings zuverlässige, einschlägige Daten. In dieser Notlage habe ich mich wegen der Sprachminderheiten an Durk Gorter gewandt, den Leiter der Friesischen Akademie in den Niederlanden und einen der besten Kenner der Sprachminderheiten in der EU. Aus Höflichkeit habe ich ihn auf Englisch angeschrieben:

Dear Durk,

(...) I assume that language minorities (in Europe) tend to study fewer 'real' foreign languages if their native tongue (the minority language, e.g. Frisian) is a language of instruction for them at school than language majorities. The reason is that they have to study their national official language (e.g. Dutch), in addition to their native tongue, so that their first 'real' foreign language is already their third language in school. They will usually not go beyond these three languages. In addition, they will, as a rule, choose English as their third language and, consequently, study less French or Spanish or other foreign languages than the language majorities. There is, however, also the opposite possibility, namely that language minorities are more motivated to study languages than are language majorities, so that they study four languages just as often as language majorities study three languages (or even more often), i.e. that just as many (or even a higher proportion) of them study 'real' foreign languages other than (or in addition to) English. Which of the two assumptions would you personally consider more realistic? Do you know of any data that would confirm one or the other alternative or of anyone who might know more about the question? [...]

Ulrich

Gorters Antwort (12. Mai 2007):

Dear Ulrich,

It is an interesting issue that you bring up. I am not aware of any empirical research into the question when it comes to European minority languages.

Gorter erläutert dann ausführlich die Situation der Friesen in den Niederlanden und konzidiert:

The preferred choice for a foreign language is English (>95%).

Nachdem er jedoch auf die komplexen schulischen Fremdsprachenangebote hingewiesen hat und darauf, dass das Friesische auf der Sekundarstufe meist nur eine untergeordnete Stellung einnimmt, kommt er doch zu einem – mit Fragezeichen versehenen – Resümee, das meine Frage offen lässt:

One could also suppose that both your assumptions are correct at the same time and thus balance each other out for different groups of pupils? The net result could be that there is no difference between minority and majority students?

So bleibt die Beantwortung meiner Frage der weiteren Forschung überlassen. Ich bleibe jedoch bis dahin bei der Vermutung, dass die sprachlichen Minderheiten in der EU mehr als die sprachlichen Mehrheiten sich mit Englisch als einziger echter Fremdsprache begnügen. Dies gilt für autochthone und für allochthone Minderheiten. Allerdings halte ich die Wahl von Fremdsprachen nicht für ein reines Nullsummenspiel: Der Erhalt der Muttersprache und die zusätzliche Amtssprache führen nicht unbedingt zum Ausschluss von Fremdsprachen, schmälern aber in der Regel die Kapazität dafür.

Auch für den zweiten Fall, von mehr als einer staatlichen Amtssprache, gibt es kaum aussagekräftige statistische Daten. Indizien sind vielleicht,

- dass Iren – mit den beiden Amtssprachen Irisch und Englisch – noch weniger Fremdsprachen können als Briten (34% Iren gegenüber 38% Briten nennen *eine* Fremdsprache, 13% gegenüber 18% *zwei*),

oder

- dass Belgier – mit den beiden Amtssprachen Französisch und Niederländisch – weniger Fremdsprachen können als Niederländer (74% gegenüber 91% nennen *eine* Fremdsprache, 67% gegenüber 75% *zwei*) (“Europeans and their Languages”, *Special Eurobarometer* 64.3: 9).

Ich habe mich zusätzlich an den finnischen Germanistiken Jarmo Korhonen in Helsinki gewandt, der an Sprachenpolitik sehr interessiert ist, und ihn gebeten

[...] um eine kurze [...] Einschätzung meiner folgenden Vermutung: Die zwei staatlichen Amtssprachen des Landes (Finnisch + Schwedisch) erschweren das Erlernen weiterer Fremdsprachen, vor allem das Erlernen über Englisch hinaus, denn mit Englisch sind es für die Finnen dann schon 3 Sprachen. Darunter leiden bis zu einem gewissen Grad alle anderen Fremdsprachen außer Englisch [...]. Bei nur einer staatlichen Amtssprache bliebe mehr Lernkapazität für die anderen Fremdsprachen außer Englisch.

Ich habe Korhonen gebeten, mir seine Meinung zu dieser Einschätzung mitzuteilen.

Er schreibt dazu (13. Oktober 2008):

Ihre Vermutung ist insofern richtig, als wegen der zwei staatlichen Amtssprachen im Stundenplan weniger Platz z.B. für eine weitere Fremdsprache vorhanden ist.

Korhonen fügt allerdings hinzu:

Dass Deutsch (Französisch, Russisch usw.) an finnischen Schulen so wenig gelernt werden, hat auch andere Gründe. Ein Grund ist sicher die Tatsache, dass sehr viele Eltern denken, dass man mit Englisch überall auf der Welt auskommt. Offensichtlich herrscht auch im finnischen Unterrichtsministerium ein ähnliches Denken [...].

Ich selbst sehe nun allerdings einen möglichen Zusammenhang zwischen den beiden von Korhonen genannten Gründen für die Beschränkung auf Englisch. Ich halte es für möglich, dass gerade dieses “Denken”, Englisch genüge als echte Fremdsprache, durch den Zwang der Verhältnisse gefördert wird, durch den geschmälerten Spielraum infolge der zwei Amtssprachen. Die Annahme, dass man allein mit Englisch überall durchkommt, wäre dann die Rationalisierung der eigenen sprachpolitischen Präferenz, die durch die beengten Umstände nahe gelegt wird. Weil mir dies plausibel erscheint, bleibe ich auch hier bei der Vermutung, dass im Falle einer zweiten Amtssprache die verstärkte Neigung besteht, sich mit Englisch als einziger echter Fremdsprache zu begnügen.

Wenn diese Analysen zutreffen, so heißt dies letztlich, dass die Vielfalt im Bereich der Mutter- und Zweitsprachen in einem Spannungsverhältnis steht zur Vielfalt der Fremdsprachen. Die Förderung von Vielfalt im Bereich der Muttersprachen und der staatlichen Amtssprachen wäre dann nicht ohne weiteres vereinbar mit der Förderung der Vielfalt im Bereich der Fremdsprachen. Die Förderung der Vielfalt im Bereich der Mut-

tersprachen und der staatlichen Amtssprachen liefe indirekt sogar hinaus auf die Förderung von Englisch als vorrangige Fremdsprache und damit auch vorrangige Kontaktsprache in der EU. Demnach lässt sich Vielsprachigkeit nicht pauschal fördern, sondern müssen Prioritäten gesetzt werden. Zwar gibt es vielleicht Ausnahmen von diesen Zusammenhängen, z.B. die wegen ihrer Sprachenkenntnisse viel gerühmten Luxemburger. Im Großen und Ganzen scheinen mir diese Zusammenhänge aber plausibel. Und sie sind sicher nicht belanglos für die Sprachenpolitik der EU, denn Sprachminderheiten und Gebiete mit mehr als einer staatlichen Amtssprache sind in der EU keine Seltenheit.

Das zweite sprachpolitische Ziel, zwei weitere Sprachen zusätzlich zur Muttersprache für *alle* EU-Bürgerinnen und -Bürger, halten viele Beobachter sowieso für utopisch. Dies gilt besonders bei zwei echten Fremdsprachen. Allerdings wäre es mit der Einschätzung als utopisch kompatibel, dass man das Ziel propagiert, um zu vermehrtem Fremdsprachenlernen zu motivieren. Der Abstand der tatsächlichen Bildungspolitik mancher Mitgliedstaaten von diesem Ziel ist jedoch eklatant. So wurde z.B. in Deutschland erst vor kurzem überhaupt nur eine einzige Fremdsprache für alle Schüler obligatorisch. Dies ist zugleich ein Beispiel, dass im Falle einer einzigen Fremdsprache die Wahl fast ausschließlich auf Englisch fällt. In Deutschland ist nur in einem Grenzstreifen zu Frankreich eine andere Fremdsprache, Französisch, allgemein obligatorisch, und sogar in diesem kleinen Gebiet gibt es seitens der Eltern ständig Druck, dieses durch Englisch zu ersetzen.

3. Faktoren zugunsten von Englisch als vorherrschende Fremd- und Kontaktsprache

Die hauptsächliche Schwierigkeit des Ziels zweier Fremdsprachen *für alle* scheint mir nicht zu sein, dass zwei Fremdsprachen – grundsätzlich oder zumindest für unbegabte Schüler – zu schwierig sind, sondern dass sie einfach überflüssig erscheinen. So wie Korhonen es aus Finnland berichtet. Will man das Ziel dennoch aufrechterhalten, so muss man auch diese Schwierigkeit möglichst genau analysieren. Stattdessen ist die Neigung weit verbreitet, diese Schwierigkeit herunterzuspielen oder zu ignorieren. Ein solches Verhalten führt leicht zu sprachpolitischer Traumtänzerie.

Ich kann hier nur wenige Hinweise zu den Bedingungen liefern, die den ungeheuren Vorrang von Englisch begünstigen bis hin zu der Vorstellung, dass Englisch allein als Fremdsprache genügt. Teilweise sind es wirtschaftliche Bedingungen im engeren Sinn. Sie hängen unter anderem zusammen mit Veränderungen in der Struktur internationaler Unternehmen. Immer mehr dieser Unternehmen werden multinational und entwickeln eine “geozentrische Struktur” (Vollstedt 2002: 110-120). Sie haben Niederlassungen, oft sogar Produktionsstätten, in mehreren Staaten mit verschiedenen Sprachen. Um die Verbindungen zwischen ihnen zu pflegen, werden für immer größere Teile des Personals an Stelle langfristiger, ortsfester Auslandsaufenthalte wechselnde Kurzaufenthalte erforderlich (“short-term assignments”): eine Art “Ubiquitärpendeln” in Länder mit verschiedenen Sprachen. Dadurch bleibt kaum Zeit, sich auf die örtlichen Sprachen einzustellen und sie zu erlernen. Als Ausweg dient eine globale Unternehmenssprache und Lingua franca. Dafür kommt in der EU – ebenso wie weltweit – nur Englisch in Frage.

Abbildung 1 zeigt im ersten Teil, dass die Auslandsaufenthalte in Europa und Nordamerika insgesamt zunehmen. Der zweite Teil der Abbildung belegt zwar nur für Nordamerika die Zunahme kurzfristiger Auslandsaufenthalte, von denen man weiß, dass sie in unterschiedliche Länder führen. Die Tendenz zu häufigeren, wechselnden Auslandsaufenthalten ist jedoch – wegen der Parallelität der Verhältnisse (die im ersten Teil der Abbildung sichtbar wird) – auch für die EU anzunehmen, wenn auch vielleicht in geringerem Maße.

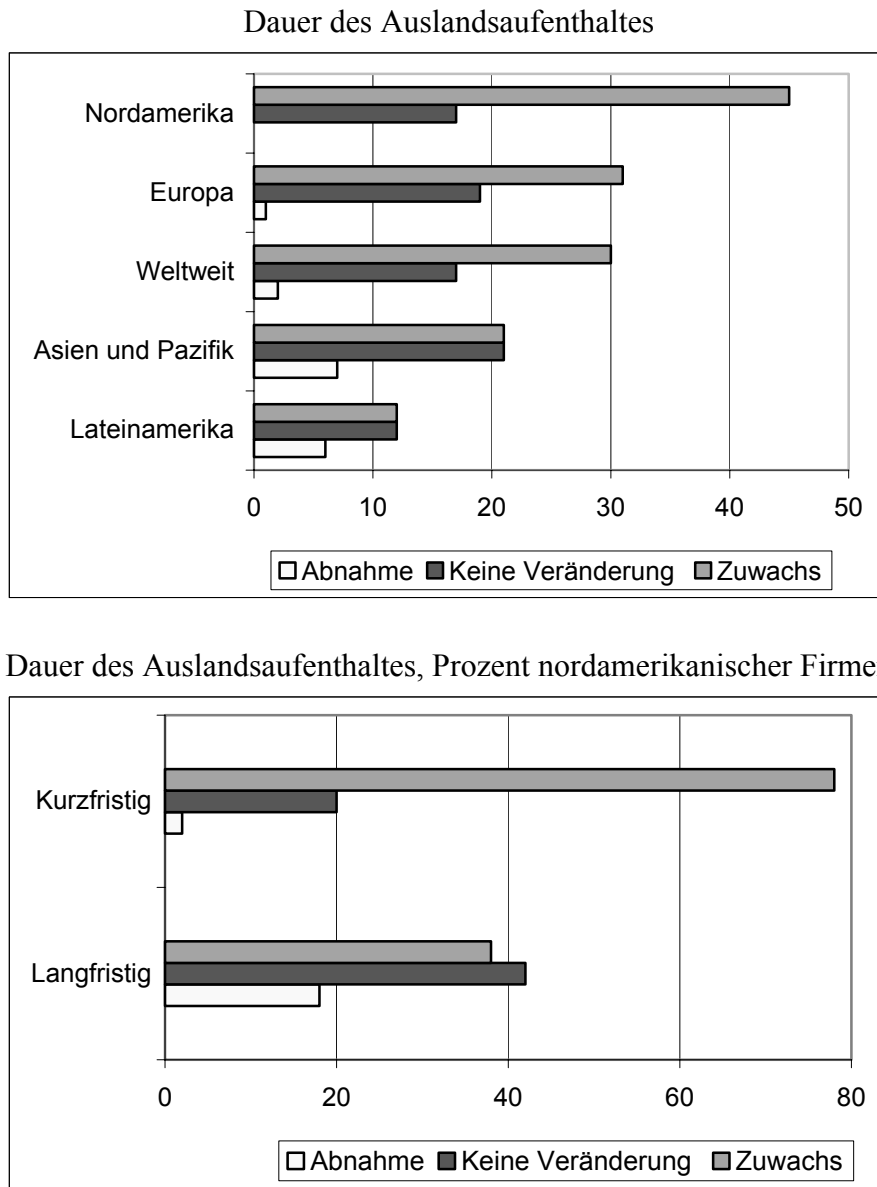


Abb. 1: Auslandsaufenthalte des Personals internationaler Unternehmen: Aufgaben gemäß Anstellungsverträgen (nach *The Economist*, 24. Juni 2006: 76); oben Veränderung der Gesamtaufenthaltsdauer im Ausland, unten Veränderung der Anteile kurz- und langfristiger Aufenthalte

Dies ist nur ein Ausschnitt aus einer Vielfalt von Bedingungen, die zusammen die Entstehung einer einzigen Lingua franca und die Bevorzugung von Englisch als Fremdsprache begünstigen (vgl. auch Crystal 1997; Graddol 2006).

Beim Blick auf manche Zahlen aus Spracherhebungen erscheint der Vorrang von Englisch in der EU gar nicht sonderlich überwältigend (z.B. im *Special Eurobarometer* 64.3, 2006: 12 – Erhebung November/Dezember 2005):

Englisch	51%	(Muttersprache 13%, Fremdsprache 38%),
Deutsch	32%	(Muttersprache 18%, Fremdsprache 14%),
Französisch	26%	(Muttersprache 12%, Fremdsprache 14%).

Deutlich ist der Abstand zwischen Englisch und den beiden im Rang folgenden Sprachen aber als Fremdsprache (das 2,7-fache, also fast das Dreifache).

In der jungen Generation ist dieser Abstand noch größer. Eine Ahnung von der zukünftigen Entwicklung vermitteln die Wünsche der Eltern bezüglich des Sprachlernens. Bei den Erhebungen wird stets nach den *zwei* wichtigsten Fremdsprachen gefragt, die Kinder lernen sollten: Bei der Frage nach der *einen* wichtigsten Fremdsprache fürchtet man eine allzu eindeutige Antwort. Tabelle 1 zeigt die Befunde bezüglich der zwei den Eltern wichtigsten Sprachen.

Englisch wird in allen Mitgliedstaaten der EU gleichermaßen genannt; während Französisch nur im Westen und Deutsch nur im Osten dabei ist. Wenn also Ost auf West trifft, ist die Wahrscheinlichkeit gemeinsamer Französisch- bzw. Deutschkenntnisse gering. Englisch ist aber nicht nur im Osten und Westen gleichermaßen dabei, sondern erreicht auch überall einen höheren Zuspruch als Französisch oder Deutsch – ausgenommen in Luxemburg (und natürlich in den “Mutterländern” des Englischen).

Angesichts dieser Einstellung der Eltern dürfte auch die häufig geforderte Reihenfolge der Fremdsprachen in der Schule – im Falle von zwei Schulfremdsprachen – schwer durchzusetzen sein. Diese Forderung lautet, dass Englisch erst als *zweite* Fremdsprache angeboten wird, weil die andere Fremdsprache nach Englisch überflüssig erscheinen könnte. Bei der allgemeinen Hochschätzung von Englisch ist für diese Forderung bei den Eltern wenig Verständnis zu erwarten.

Aber die Forderung müsste sowieso anders lauten, um die Tendenz hin zu Englisch als einzige funktionierende Fremdsprache und als einzige Lingua franca aufzuhalten. Ein erster Teil dieser Forderung müsste lauten: Englisch darf am Ende der Schulzeit nicht die bestbeherrschte Sprache sein; eine andere Fremdsprache als Englisch muss besser beherrscht werden. Dies wird jedoch in den Schulen der EU fast nirgends erreicht. Die Kenntnisse anderer Fremdsprachen bleiben hinter den Englischkenntnissen zurück und sind für die Anwendung meist sogar untauglich. Der zweite Teil der Forderung wäre noch schwieriger durchzusetzen, nämlich: Englisch darf nicht von allen Schülern gelernt werden, sondern die von allen Schülern gelernte Sprache soll eine andere sein. Diese Forderung klingt angesichts der tatsächlichen Verhältnisse geradezu Mitleid erregend. Und doch würde erst ihre Verwirklichung der Verbreitung von Englisch als einzige Lingua franca der EU einen wirksamen Riegel vorschieben. Ein solcher Schritt wäre aber vermutlich eine Katastrophe für die EU. Jedenfalls sollte nicht der Eindruck entstehen, ich würde eine so weltfremde Forderung vertreten.

QA2b And which two languages, apart from your mother tongue do you think children should learn?

	English	French	German	Spanish	Russian	Italian	Swedish
EU25	77%	33%	28%	19%	3%	2%	0%
BE	88%	50%	7%	9%	0%	1%	-
CZ	89%	9%	66%	4%	9%	0%	-
DK	94%	13%	62%	13%	0%	0%	0%
DE	89%	45%	3%	16%	6%	2%	-
EE	94%	6%	22%	1%	47%	0%	1%
EL	96%	34%	50%	3%	0%	6%	-
ES	85%	44%	14%	4%	0%	1%	-
FR	91%	2%	24%	45%	0%	6%	-
IE	3%	64%	42%	35%	1%	4%	0%
IT	84%	34%	17%	17%	0%	0%	-
CY	98%	49%	19%	2%	4%	4%	0%
LV	94%	6%	28%	1%	42%	0%	0%
LT	93%	6%	34%	2%	43%	0%	0%
LU	59%	83%	43%	2%	0%	1%	-
HU	85%	4%	73%	3%	2%	2%	-
MT	90%	24%	13%	2%	-	61%	-
NL	90%	22%	40%	21%	0%	0%	-
AT	84%	29%	2%	10%	4%	11%	-
PL	90%	7%	69%	1%	10%	1%	-
PT	90%	60%	8%	7%	-	0%	-
SI	96%	6%	69%	3%	0%	12%	0%
SK	87%	7%	75%	3%	6%	1%	0%
FI	85%	10%	24%	3%	10%	0%	38%
SE	99%	17%	35%	31%	1%	0%	1%
UK	5%	71%	34%	39%	1%	3%	-
BG	87%	13%	49%	5%	14%	1%	-
HR	82%	5%	69%	2%	0%	14%	-
RO	64%	34%	17%	7%	2%	8%	-
TR	72%	12%	52%	1%	2%	1%	-

■ = First language ■ = Second language

Tab. 1: "Welche zwei Sprachen – außer der Muttersprache – sollen ihrer Meinung nach Kinder lernen?" (Prozent der Nennungen. *Special Eurobarometer* 64.3, 2006: 33)

4. Freiheit der anglophonen Staaten und Zwänge der anderen EU-Mitgliedstaaten bei der Fremdsprachenwahl

Beim Bemühen, in der EU zwei Fremdsprache allgemein verbindlich zu machen, stellt sich auch die sprachenpolitische Frage, ob außereuropäische Sprachen einbezogen werden sollen. Die Einbeziehung wäre angesichts der Globalisierung und der wirtschaftlichen und kulturellen Dynamik der betreffenden Staaten und Regionen zeitgemäß. Bei den außereuropäischen Sprachen wäre vor allem zu denken an Chinesisch, Japanisch und Arabisch, vielleicht auch Hindi und Urdu, Koreanisch, Indonesisch oder Suaheli.

Wenn sich aber Lerner auf mehr Fremdsprachen verteilen, verringert sich ihre Zahl für die einzelnen Sprachen. Durch die Einbeziehung außereuropäischer Sprachen würde also die Lernerzahl für die europäischen Fremdsprachen schrumpfen. Nur Englisch wäre davon nicht betroffen, da es als unverzichtbar gilt.

Nun gibt es zwischen den europäischen Sprachgemeinschaften und Staaten teilweise eine – meist stillschweigende – sprachenpolitische Rücksichtnahme nach dem Motto “Wie Du mir, so ich Dir”. Gemeint ist damit, dass Staat A die Sprache von Staat B als Fremdsprache im eigenen Land fördert, wenn umgekehrt Staat B dies auch bezüglich der Sprache von Staat A tut. Eine solche Rücksichtnahme besteht z.B. zwischen Frankreich und Deutschland, aber teilweise auch darüber hinaus. Damit wäre es schwer vereinbar, wenn z.B. Deutschland Chinesisch als Schulfach anstelle von Französisch anböte, auch nur als Wahlfach, wenn davon reichlich Gebrauch gemacht würde. Diese Rücksichtnahme und die Angewiesenheit darauf bringen Staaten wie Frankreich oder Deutschland in das Dilemma zwischen einem obsoleten europa-fixierten und einem modernen, globalen Fremdsprachenangebot.

Die anglophonen Staaten müssen keine entsprechende Rücksicht nehmen, denn kein anderer Mitgliedstaat kann es sich leisten, ihre Sprache, das Englische, zur Disposition zu stellen. Die Möglichkeit der Abwahl würde von den Schülern und Eltern gar nicht angenommen. Der Umstand, dass Englisch Weltsprache und als Fremdsprache unverzichtbar ist, verschafft den anglophonen Staaten selbst Freiheit in der Fremdsprachenwahl. Diese Möglichkeit nutzt das neue *National Curriculum* für England, das ausdrücklich außereuropäische Fremdsprachen einbezieht:

From September 2007 schools have greater flexibility when deciding which languages to offer at key stage 3. There is no longer a statutory requirement that schools must offer one of the official languages of the European Union. Instead, there is a non-statutory explanatory note in the programme of study indicating that the study of languages may include major European and world languages such as Arabic, French, German, Italian, Japanese, Mandarin, Russian, Spanish and Urdu. This list is not exclusive. Schools may teach other languages in addition to, or instead of, the languages featured in this list. (www.nc.uk.net/nc_resources/html/ks1and2.shtml, abgerufen 20.10.2007; dankenswerte Übermittlung durch Verena Wimmers)

Diese Weltoffenheit ist natürlich zugleich ein Schlag gegen die europäischen Fremdsprachen, abgesehen davon, dass sie auch zur sonstigen Distanz Großbritanniens gegenüber der EU passt.

Bei den europäischen Fremdsprachen denkt man zunächst – außer an Englisch – an Französisch, Deutsch, Spanisch und Italienisch. Aber auch Niederländisch, Portugiesisch und Russisch werden ziemlich viel gelernt – Russisch ist zwar keine Amtssprache der EU, aber eine europäische Sprache und anerkannte autochthone Minderheitensprache im EU-Mitgliedstaat Estland.

Die kleineren europäischen Sprachen spielen als Fremdsprachen eine geringe Rolle. Man könnte nun meinen, dass ihre Staaten sich deshalb die gleiche Freiheit in der Fremdsprachenwahl nehmen könnten wie die anglophonen Staaten. Jedoch trifft dies, wie mir scheint, nicht ohne weiteres zu. Die Sprachenpolitik der EU fördert ausdrücklich auch die kleinen Sprachen der EU als Fremdsprachen. In die Fremdsprachen-

Förderung der EU sind alle 23 Amtssprachen einbezogen und sogar Letzeburgisch (*Lëtzebuergesch*); nur bloße Minderheitensprachen sind ausgeschlossen (Aktionsplan der Kommission 2004-2006 zur "Förderung des Sprachenlernens und der Sprachenvielfalt": 13, Anm. 10). Zur Förderung der kleinen Sprachen als Fremdsprachen gehören auch offizielle Aufrufe, wie z.B. im Zusammenhang mit dem Erasmus-Programm, dass "mehr Studierende die geförderten Sprachkurse für den Aufenthalt in den Ländern kleiner Sprachen nutzen" sollen (Aktionsplan der Kommission 2004-2006: 18). Das Nachbarsprachenprogramm ist ein weiteres Beispiel der Förderung der kleinen Sprachen als Fremdsprachen.

Die Staaten kleinerer Sprachgemeinschaften sind an dieser Förderung auch interessiert. Sie sind dadurch aber auch zur sprachpolitischen Rücksicht gegenüber den anderen Staaten der EU gezwungen. Daher haben sie nicht den gleichen Grad an Freiheit in der Fremdsprachenwahl wie die anglophonen Staaten. Sie können die anderen EU-Sprachen nicht so sehr vernachlässigen (vgl. zu allgemeinen Überlegungen der Kooperation zwischen Staaten in der Fremdsprachenpolitik Ammon 2007a). So gesehen, erweist sich die Einbeziehung der kleinen Sprachen in die Fremdsprachenförderung der EU als vorteilhaft auch für die größeren Sprachen, als Stütze auch für sie als Fremdsprachen. Ich weiß nicht, inwieweit dies eigennützige Politik oder unbeabsichtigte Wirkung einer aufrichtigen rücksichtsvollen Politik der Großen gegenüber den Kleinen ist, einer Sprachenpolitik, die sich von übergeordneten Werten wie Fairness und Demokratie leiten lässt.

Allerdings hat diese Politik ihre Kehrseite, wie Sprachenpolitik häufig. Die Politik der Förderung auch der kleinen Sprachen als Fremdsprachen stützt indirekt zwar auch die großen Sprachen der EU als Fremdsprachen, schwächt sie aber zugleich auf andere Weise gegenüber Englisch. Dies lässt sich am Nachbarsprachenprogramm verdeutlichen. Infolge dieses Programms lernen z.B. Deutsche an der deutsch-tschechischen Grenze Tschechisch; an einzelnen Hochschulen dieser Region wurden sogar Studiengänge auf Tschechisch eingerichtet (an der Universität Chemnitz). Die Kehrseite ist jedoch, dass die betreffenden Schüler oder Studierenden dann weniger Französisch, Italienisch oder Spanisch lernen. Nur Englisch ist wegen seiner Unverzichtbarkeit davon nicht betroffen. Die Wirkung gleicht also derjenigen bei Sprachminderheiten oder bei zwei Amtssprachen, die ich am Anfang geschildert habe. Obwohl, wie gesagt, die Sprachwahl vermutlich kein reines Nullsummenspiel ist, geht auch das Erlernen kleiner Sprachen als Fremdsprachen zu Lasten der größeren – außer Englisch.

5. Der Vorrang von Englisch als Anathema der EU-Sprachenpolitik

Das Übergewicht von Englisch ist, wie mir scheint, Anathema der offiziellen EU-Sprachenpolitik. Umso drastischer sind gelegentlich die Mahnungen mancher EU-Angestellten, z.B. in den E-Mail-Rundschreiben von Anna-Maria Campogrande. Dass es das zentrale Thema oder mindestens eines der zentralen Themen der EU-Sprachenpolitik sein müsste, hat zu Recht Robert Phillipson (2003) gefordert und begründet.

Die Sprachenpolitik der EU liefert, soweit ich sehe, auch keinerlei Anleitung zur Sprachwahl in Sprachkontaktsituationen. Ich habe schon auf die Norm hingewiesen, dass bei

sprachübergreifenden Kontakten Englisch weitgehend als selbstverständlich gilt. Der Verzicht auf andere Sprachen ist bedingt durch die soziolinguistische Regel, dass man eine Sprache schon dann nicht mehr verwendet, wenn auch nur eine einzige beteiligte Person sie nicht versteht. Wenn die EU die Norm von Englisch in Kontaktsituationen wirklich aufbrechen wollte, könnte sie dafür geeignete Empfehlungen aussprechen, z.B. den polyglotten Dialog oder das Flüsterdolmetschen. Schon aus bloßer Unkenntnis und natürlich auch mangels Übung werden solche Alternativen zur Wahl von Englisch kaum versucht.

Ebenso fehlt es an Anleitungen, wie Nicht-Anglophone bei öffentlichen Auftritten sich dem Dilemma entziehen können, entweder Englisch zu sprechen und dadurch dessen Vorrang weiter zu stärken oder eine schlechte Wirkung zu erzielen. Fast immer bedeutet die Verwendung anderer Sprachen eine zusätzliche Belastung. Bei wissenschaftlichen Tagungen gibt es für englischsprachige Beiträge meist keinerlei Auflagen, dagegen werden bei anderen Sprachen oft zusätzliche englische Abstracts oder spätere Übersetzungen erwartet. Vermutlich sind wirklich gleiche Bedingungen für andere Sprachen tatsächlich unmöglich. Sogar großzügige Dolmetschangebote sind oft verbunden mit der Forderung, dass man den Text vorformuliert den Dolmetschern zur Verfügung stellt, was zum Ablesen nötigt und die Wirkung des Vortrags schmälert. Die Zusatzbelastungen und die Beeinträchtigung der Wirkung sind ein ständiger Druck in die Richtung von Englisch. Ein vielleicht wirksames Mittel: die – wie auch immer geartete – spürbare Belohnung für den Gebrauch anderer Sprachen und Bestrafung für den Gebrauch von Englisch, ist ebenso unrealistisch wie die gelegentliche Forderung, dass die anglophonen Staaten für ihre Sprachvorteile eine Kompensation zahlen sollten. Aber sollte nicht wenigstens der Briten-Rabatt beim EU-Haushalt gestrichen werden, angesichts der sprachbedingten auch ökonomischen Vorteile der anglophonen Staaten (vgl. van Parijs 2002; Grin 2005)?

6. Schlussbemerkung

Wenn ich die Sprachenpolitik der EU abschließend etwas allgemeiner einzuschätzen versuche, so leidet sie teilweise unter der Überbewertung der identifikatorischen und kulturellen Funktionen von Sprache und der Unterschätzung der kommunikativen Funktionen. Eine solche Überbewertung war z.B. die Einbeziehung des Maltesischen und sogar des Irischen als EU-Amtssprachen, wo doch so gut wie alle Malteser und Iren Englisch können. In dieselbe Richtung weist die Beschwörung der Sprachenvielfalt als kultureller Reichtum. Zugespitzt hat diese Sicht Jürgen Trabant, der die Sprachen Europas als große Kunstwerke charakterisiert hat (Diskussionsbeitrag auf der Konferenz “Sprache und Macht” in Berlin, 14.-16.6.07). Dabei wird unterschätzt, dass Sprachen auch Werkzeuge sind, wenngleich kunstvoll gebaute: Werkzeuge für die menschliche Kommunikation und Kognition. Ihr Werkzeugcharakter spielt bei der Wahl bestimmter Sprachen und der Zurücksetzung anderer im Alltag der EU die vorrangige Rolle. Je verbreiteter eine Sprache ist, gerade auch als Fremdsprache, ein umso geeigneteres Werkzeug ist sie für die Kommunikation. Ihre Attraktivität verstärkt sich dann gewissermaßen von selbst. Diese Selbstverstärkung hat Abram des Swaan (2001: 27-33) erklärt mit der Eigenschaft von Sprachen als “hyperkollektive Güter” – so seine Terminologie. Man

kann die Selbstverstärkung aber auch erklären mit der Standardisierung von Gütern, aufgrund deren z.B. einmal verbreitete Betriebssysteme von Computern aus Gründen der Kompatibilität anderen vorgezogen werden, selbst wenn diese ansonsten besser sind. Ähnlich ist es mit weit verbreiteten Sprachen, speziell Englisch. In der Sprachpolitik für die EU sollten solche Gesetzmäßigkeiten stärker beachtet werden. Nur dann können die sprachlichen Verhältnisse mit der Zeit besser in Einklang gebracht werden mit weithin akzeptierten Werten wie einerseits Fairness gegenüber allen Beteiligten und andererseits Effizienz von Kommunikation und Kognition. Vermutlich trägt das von der EU-Kommission geförderte, fünfjährige umfangreiche Forschungsprojekt DYLAN (*Language Dynamics and Management of Diversity*), das von Anne-Claude Berthoud in Genf koordiniert wird und an dem auch ich beteiligt bin, zu einer Verbesserung bei.

7. Literatur

- Ammon, Ulrich (2006a): Language conflicts in the European Union. On finding a politically acceptable and practicable solution for EU institutions that satisfies diverging interests. In: *International Journal of Applied Linguistics* 16 (39): 319-338.
- Ammon, Ulrich (2006b): The status and function of English in Germany. In: *Revista Canaria de Estudios Ingleses* [Universidad de La Laguna]: 37-33.
- Ammon, Ulrich (2007a): Is the promotion of languages such as German or Japanese abroad still appropriate today? In: Coulmas, Florian (Hg.): *Language regimes in transformation. Future prospects for German and Japanese in science, economy and politics.* (= Contributions to the sociology of language 93). Berlin/New York: Mouton de Gruyter, 53-70.
- Ammon, Ulrich (2007b): Die Wichtigkeit und Schwierigkeit von Deutsch als Arbeitssprache in den EU-Institutionen. In: *Muttersprache* 117: 98-109.
- Crystal, David (1997): *English as a global language.* Cambridge: Cambridge University Press.
- de Swaan, Abram (2001): *Words of the world. The global language system.* Cambridge: Polity Press.
- Graddol, David (2006): *English next. Why global English may mean the end of 'English as a foreign language'.* Plymouth: The British Council.
- Grin, François (2005): *L'enseignement des langues étrangères comme politique publique.* Paris: Haut Conseil de l'évaluation de l'école.
- Habermas, Jürgen (1998): *Die postnationale Konstellation. Politische Essays.* Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hüllen, Werner (2007): The presence of English in Germany. In: *Zeitschrift für Fremdsprachenforschung* 18 (1): 3-26.
- Laitin, David D. (1997): The cultural identities of a European state. In: *Politics & Society* 25: 277-302.
- Phillipson, Robert (2003): *English-only Europe? Challenging language policy.* London: Routledge.
- Van Parijs, Philippe (2002): Linguistic justice. In: *Politics, Philosophy & Economics* 1 (1): 59-74.
- Vollstedt, Marina (2002): *Sprachenplanung in der internen Kommunikation internationaler Unternehmen. Studien zur Umstellung der Unternehmenssprache auf das Englische.* (= Germanistische Linguistik 8). Hildesheim: Olms.